

Auer Tageblatt

Belegungen nehmen die Anzeigen
und für Anzeigen die Poststellen
ausgegeben. — Erscheint werktäglich.
Sonderdruck: Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Regierungspreis: Die oben angegebene
Preisliste für Anzeigen aus Auer und
Umgebung 20 Goldpfennige, un-
veränderte Anzeigen 25 Goldpfennige,
Kleinanzeigen 10 Goldpfennige,
amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1090

Nr. 148

Sonntag, den 28. Juni 1925

20. Jahrgang

Militärdiktatur in Griechenland.

Athen 26. Juni. Der neue militärische Umsturz war das Werk des Generals Pangalos, der die oberste Gewalt übernommen hat, nachdem ein Versuch Papanastasiou, ein Kabinett zu bilden, gescheitert war.

Pangalos beabsichtigt, die Leitung und das Kriegsministerium zu übernehmen und mit einigen Offizieren, darunter Sabitziakos als Marineminister, und befreundeten Abgeordneten nach heute das Kabinett zu bilden. Er hofft, von der Nationalversammlung ein Vertrauensvotum zu erhalten. Die Kammer soll hierauf sofort auf einige Monate vertagt werden.

Die Bewegung begann gestern in den frühen Abendstunden, aber es war völlig unklar, ob man es mit einer Verschiebung unzufriedener Offiziere oder einer planmäßigen und groß angelegten politischen Aktion zu tun hatte. Als aber in Athen die Nachricht vom gleichzeitigen Ausflammen der Revolution in Saloniki und anderen mazedonischen Garnisonen eintraf, warf am Nachmittag General Pangalos die Maske ab und stellte sich an die Spitze der Bewegung.

Paris, 26. Juni. Havas meldet aus Athen: Der militärische Putsch ist seit mehreren Tagen vorauszu sehen gewesen. Gestern vormittag 5 Uhr hat General Pangalos mit zahlreichen Offizieren die Kaserne des Pionierregiments besetzt und alsdann an die Regierung ein Ultimatum gerichtet, in dem deren Rücktritt innerhalb 18 Stunden gefordert wurde und die Minister persönlich für etwaige Flüchtigkeitsverbrechen verantwortlich gemacht wurden. Das gleiche Ultimatum wurde durch Admiral Sabitziakos, der sich an Bord des Panzerkreuzers „Ameroff“ befindet, und durch den Befehlshaber der Truppen in Saloniki gestellt. Um 6 Uhr ließ General Pangalos die Post- und Telegraphenämter durch

eine Pionierabteilung besetzen, während die regierungstreuen Truppen das Parlament und die verschiedenen Ministerialgebäude bewachten. Abgesehen von einigen in die Luft abgegebenen Gewehrschüssen ist kein ernstlicher Zwischenfall zu verzeichnen. Um 9 Uhr hat der Präsident der Republik die Parteiführer zusammenberufen. Ministerpräsident Michalakopoulos hat die Entscheidung seines Kabinetts angekündigt, zu demissionieren, um jedes Blutvergießen zu vermeiden. Die Demission wurde angenommen. Die Bildung eines Koalitionskabinetts erscheint nicht möglich. Gestern nachmittag sind die Regierungstruppen wieder in ihre Kasernen eingezogen. Während die Regierungstruppen bisher die Ordnung aufrechterhalten und die ministeriellen und öffentlichen Gebäude bewacht hatten, sind sie nunmehr durch Truppen der Aufstandsbevægung ersetzt worden. Die Bevölkerung ist vollkommen ruhig. General Pangalos hat eine Proklamation an die Bevölkerung erlassen, in der er zur Ruhe auffordert und erklärt, daß er die nationalen Interessen wahren werde. Die Bildung eines Kabinetts Papanastasiou sei jetzt unmöglich. Pangalos werde selbst die Ministerpräsidentenschaft übernehmen. Ueber die Ursachen, die zum Staatsstreich geführt haben, verlautet, die Offiziere seien der Ansicht, daß das Kabinett Michalakopoulos sich nicht genügend um die Reorganisation des Heeres gekümmert habe, ebenso nicht um die Entwicklung der Wirtschaft, weshalb seine Außenpolitik der Beschädlichkeit erlangte und nur zu Mißerfolgen geführt habe, namentlich in Serbien und in der Türkei. Die Offiziere machten ihm ferner zum Vorwurf, daß er ausländischen Kapitalisten zu große Zugeständnisse gemacht und damit Griechenland finanziell von Ausländern abhängig gemacht habe.

Ergebnis gelangt, daß die in der französischen Note vorgeschlagenen Erörterungen zur Vorbereitung der endgültigen Stellungnahme alsbald aufzunehmen sind. Die deutsche Regierung, die im Einklang mit den Schlussworten der französischen Note auch ihrerseits das Zustandekommen von Verhandlungen begrüßen würde, die zu einer Friedensgewähr führen, wird unentwegt an dem Ziele Deutschlands festhalten, im Sinne der vorstehend dargelegten Bestrebungen zu einem wirklichen Frieden zu gelangen, der durch ein Sicherheitsabkommen auf völliger Gegenseitigkeit gegründet werden soll.

Volle Gleichberechtigung Deutschlands im Sicherheitspakt.

London, 26. Juni. „Daily Chronicle“ fordert in seinem Leitartikel eine Abänderung des geplanten Sicherheitspaktes. Das Blatt schreibt, die Debatte im Unterhaus bezüglich des Paktes sei weniger fruchtbar gewesen, als sie es hätte sein können. Chamberlain, der der Verantwortung der Fragen Lloyd Georges ausgewichen sei, habe vorgegeben, er glaube, daß im jetzigen Stadium alle Einzelheiten besser unbestimmt gelassen würden. Aber sein eigenes Weisbuch zeige, daß jeder Satz der französischen Antwort an Deutschland im einzelnen kritisiert werden sei, sobald dem daraus hervorgegangenen Dokument hinsichtlich des Textes und der Ausdrucksweise unbedingt Bedeutung zukomme. Der von Briand und Chamberlain aufgestellte Entwurf sei voll von Zweideutigkeiten, das Ergebnis von Kompromissen, die den Zweck verfolgten, die Meinungsverschiedenheit zwischen der französischen und der britischen Politik zu maskieren. Ein Pakt könne ja zustande kommen, es dürfe aber keiner wie der gegenwärtig von Briand und Chamberlain entworfene Pakt sein. Wenn Großbritannien einen Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland garantieren sollte, so müßte dieser Vertrag auf der Grundlage vollkommener Gegenseitigkeit abgeschlossen sein. Frankreich müsse nicht weniger als Deutschland dem Schiedsverfahren in allen Streitigkeiten zwischen ihnen den Vorrang vor Zwangsmaßnahmen einräumen. Teil 4 des zur Debatte stehenden Dokuments würde Frankreich in einer großen Zahl von Fällen gestatten, selbst als Richter aufzutreten und so einen Druck auf Deutschland auszuüben, statt die Entscheidung einem Schiedsgericht zu überlassen. Diese Bestimmung müßte man fallen lassen.

Die Deutschen in China.

Berlin, 26. Juni. Das deutsche Generalkonsulat in Kanton meldet unter dem 25. Juni: Die Deutschen Kantons sind in ihren Wohnungen in den Vorstädten Kungshan und Fongshan verblieben und befinden sich alle wohl.

Steuernotverordnung und Novelle des Unfallversicherungsgesetzes im Reichstag.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern zunächst mit der Beratung des Gesetzentwurfes der Regierungsparteien über die Verlängerung der Geltungsdauer der 2. Steuernotverordnung in erster Lesung.

Abg. Reil (Soz.) weist darauf hin, daß im vorigen Jahre, als die Deutschnationalen nicht Regierungspartei gewesen seien, von ihnen die Aufhebung der 2. Steuernotverordnung beantragt worden sei. Heute träten sie für die Verlängerung der Geltungsdauer ein. Die Sozialdemokraten würden diese Taktik nicht mitmachen und den Gesetzentwurf ablehnen. Zustimmung links.) Der ehemalige deutschnationale Abgeordnete Best habe öffentlich erklärt, daß für die Stellungnahme einiger deutschnationaler Abgeordneten zur Aufhebung der 2. Steuernotverordnung maßgebend gewesen seien. Es sei zunächst von den Deutschnationalen bestritten worden. Als Dr. Best jedoch die Behauptung aufrecht erhalten habe, hätten die Deutschnationalen geschwiegen. (Hör! Hör! bei den Soz.)

Abg. Dr. Korfch (Komm.) lehnt den Gesetzentwurf ebenfalls ab und wendet sich dann gegen die Deutschnationalen.

In der Einzelberatung weist Abg. Reil darauf hin, daß Abg. Hergt (Dn.) seine Wortmeldung zurückgezogen habe, nachdem er mit etwa 7 bis 8 Kollegen eingehend gesprochen habe. Abg. Hergt (Dn.) erwidert, daß er sich zwar zu Wort gemeldet habe, aber seine Forderung geäußert habe, „nach dem Ansturm, den der Abg. Korfch verjagt habe“, seine Wortmeldung zurückziehen zu dürfen. (Große Unruhe links.)

In der Abstimmung nimmt das Haus den Antrag der Regierungsparteien in allen drei Lesungen an. Die 2. Steuernotverordnung gilt demgemäß bis zum 15. Juli 1925.

Das Haus wendet sich dann der 2. Beratung der Novelle des Unfallversicherungsgesetzes zu.

Diese Novelle enthält einen Aufbau der Sachleistungen mit den durch die Nachkriegsverhältnisse erforderlich gewordenen Änderungen, teilweise mit rückwirkender Kraft, sowie einen Ausbau der Verletzten- und Hinterbliebenenrente.

Urteil im Rathenau-Prozess.

Berlin, 26. Juni. Im Rathenau-Prozess wurde heute abend durch den Vorsitzenden Reichsgerichtsrat Lorenz folgendes Urteil verkündet: Rathenau wird gemäß dem Antrage der Staatsanwaltschaft freigesprochen. Brandt wegen eines Vergehens gegen § 139 Strafgesetzbuch (Unterlassung einer Anzeige) unter Fallenslassen der Anklage wegen Beihilfe zum Mord zu vier Jahren Gefängnis und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Geldstrafe und 1 Jahr der Gefängnisstrafe sind durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Trozkis neuer Posten.

Moskau, 26. Juni. Bekanntlich hat allgemein die letzte Ernennung Trozkis als eine vorübergehende Barstufe zu einem höheren leitenden Posten im Staatsapparat. Diese Vermutungen nehmen jetzt greifbarere Formen an. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, soll Trozki demnächst zum Vorsitzenden des obersten Wirtschaftsrates ernannt werden, während Tscherginiski zum Kriegsminister erhoben werden soll. Frunse bekommt einen hohen Kommandoposten in der Armee. Da diese Ernennungen noch vor dem bevorstehenden Parteitag erfolgen, so ist anzunehmen, daß der Fall Trozki als erledigt nicht mehr vor das Parteiforum kommen wird.

Entschliessungen der Internationalen Handelskammer.

Brüssel, 26. Juni. Die Internationale Handelskammer beendete heute ihre Arbeiten und nahm Entschliessungen an über folgende Punkte: Festsetzung des Osterfesttermins, Bestimmung des Handelscharakters von Postpaketen, ungerechte Unterscheidungen der Zollbesten bei der Ausgabe von Erlaubnischeinern bei den Zolluntersuchungen, Handelsverlaufs und Wirkungen des Bankrotts, Schutz des industriellen Eigentums, doppelte Steuerbelastungen und Steuererträgen bezüglich des Steuerwohnsitzes der Unternehmungen und physischen Personen, Schein- und Wechselgesetzgebung, Beförderung von Handelsgütern zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Anschließend wies der Präsident der Internationalen Handelskammer auf die Wichtigkeit der angenommenen Entschliessungen hin.

Vorläufiger Abschluß der Kabinettsberatungen zur Note.

Wie mitgeteilt wird, hat das Reichskabinett am Donnerstagabend die Beratungen über die Briand-Note, die am Mittwochabend begonnen wurden, zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Die Beschlüsse des Kabinetts werden im Laufe des Freitag dem Reichspräsidenten unterbreitet. Sodann wäre mit der Veröffentlichung eines offiziellen Kommuniqués in dieser Angelegenheit zu rechnen.

Ueber das Ergebnis der Beratungen wird von zuständigen Stellen berichtet: In der letzten Vollversammlung des Völkerverbundes war ein Protokoll über friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten, das sogenannte Genfer Protokoll aufgestellt worden. Ferner war durch Erörterungen in Kreisen der Alliierten über die Räumung der nördlichen Rheinlandschaft gegen Ende des vergangenen Jahres das Sicherheitsproblem erneut in den Mittelpunkt der internationalen Erwägungen gerückt worden. Die deutsche auswärtige Politik sah sich damals vor die Frage gestellt, ob sie die Lösung der Sicherheitsfrage den alliierten Westmächten allein überlassen, oder auf eine Lösung unter Mitbeteiligung Deutschlands hinarbeiten wolle. Deutschland lag daran, den anderen Mächten gegenüber klar auszudrücken, daß es bereit sei, an einer Sicherheitsregelung mitzuwirken, deren Endziel die von Deutschland selbst angestrebte Entwicklung auf der Bahn des allgemeinen Friedens durch eine wirksame Befriedung Europas sein sollte. Demgemäß erfolgte vonseiten des Auswärtigen Amtes um die Wende des Jahres eine entsprechende diplomatische Fühlungsnahme. Reichskanzler Dr. Luther hat in seiner Rede vom 30. Januar vor der ausländischen Presse geäußert, Deutschland habe an der Verwirklichung des Sicherheitsgedankens ein reales Interesse und sei zur positiven Mitarbeit daran bereit. Im Einklang mit diesem Grundgedanken erschien es nach dem Ergebnis der diplomatischen Sondierungen unter Berücksichtigung der außenpolitischen Gesamtlage dem Auswärtigen Amt angebracht, den alliierten Regierungen zur Kenntnis zu bringen, auf welcher Grundlage eine Mitwirkung von Deutschland an der Sicherheitsfrage in Betracht kommen könne. Zu diesem Zweck wurde den alliierten Regierungen im Februar ein Memorandum überreicht, das diese Lösungsmöglichkeiten zur Erörterung stellte. Nachdem die von dem französischen Vorkämpfer übergebene Note vom 16. Juni konkrete Vorschläge gemacht hat, welche die deutschseits bezeichneten Lösungsmöglichkeiten teils ändern, teils miteinander verbinden und ihnen neue Vertragskonstruktionen hinzufügen, ist nunmehr das Kabinett zu einer Beratung des gesamten Komplexes der dadurch aufgeworfenen Fragen zusammengetreten. Das Kabinett ist dabei übereinstimmend zu dem